



MdL Florian Siekmann Maximilianeum 81627 München

An die
Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer*innen
bayerischer Unternehmen mit engen Handelsbeziehungen zu Ungarn

- Verteiler siehe beiliegende Liste -

Abgeordneter
Florian Siekmann
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Sprecher für Europapolitik

Abgeordnete
Tessa Ganserer
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Queerpolitische Sprecherin

Demokratie und Rechtsstaat in Ungarn – Solidarität mit LGBTIQ

05. Juni 2020

Sehr geehrte Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführer*innen,

Sie führen ein bayerisches Unternehmen, das intensive Handelsbeziehungen mit Ungarn unterhält oder selbst dort einen eigenen Standort unterhält.

Der Binnenmarkt und die damit verbundene Möglichkeit, ohne große Hürden zu handeln und zu produzieren, sind eine der großen Errungenschaften der Europäischen Union.

Die Entstehung des Binnenmarktes war kein Zufall. Geprägt von den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges sollte eine enge wirtschaftliche Integration Europas Garant für Frieden, Stabilität und Demokratie sein. Von Anfang an sollte der Binnenmarkt nicht nur den Wohlstand in den Mitgliedsstaaten mehren, sondern auch die enge Zusammenarbeit auf einem demokratischen Fundament fördern.

Leider müssen wir heute dennoch beobachten, dass sich einzelne Mitgliedsstaaten immer weiter von den gemeinsamen Grundwerten unserer Europäischen Union entfernen: Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Gleichberechtigung, Pressefreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Meinungsfreiheit und Schutz von Minderheiten. Besonders in Ungarn geraten diese Werte immer stärker unter Druck.

Der Verfall der europäischen Werte in Ungarn ist keine neue Entwicklung, sondern ein über Jahre von Viktor Orban vorangetriebener Prozess. Ausgehend von der Verfassungsnovelle im Jahr 2011 wurden Rechtsstaat und Demokratie in Ungarn schrittweise demontiert, die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts beschnitten. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk hat Viktor Orban durch ein Mediengesetz in ein Propagandainstrument der Regierung umgestaltet.

Maximilianeum
81627 München

florian.siekmann@gruene-fraktion-bayern.de

www.florian-siekmann.de

Repressionen gegenüber Journalist*innen sind an der Tagesordnung, Berichterstattung, beispielsweise über Greta Thunberg, setzt eine Genehmigung voraus. Durch das Hochschulgesetz aus dem Jahr 2017 leidet die Wissenschaftsfreiheit. Die renommierte Central European University musste schließlich das Land verlassen. Den vorläufigen Höhepunkt bilden zahlreiche Vollmachten für die Regierung zur vermeintlichen Bewältigung der Coronakrise.

Unter dem Deckmantel dieser Krisenbewältigung hat Viktor Orban nun den Kampf gegen die geschlechtliche Vielfalt in Angriff genommen. Mit einem neuen Gesetz hat die ungarische Regierung kürzlich quasi die rechtliche Existenz von trans* und intergeschlechtlichen Menschen ausgelöscht. Demnach wird beim Standesamt künftig nur noch das "Geschlecht zur Geburt" - definiert als "das biologische Geschlecht", welches sich "durch primäre geschlechtliche Merkmale und Chromosomen bestimmt"- erfasst. Der Vorname und die Geschlechtsangabe sind damit nicht mehr änderbar. Wer bei seiner Geburt als männlich oder weiblich definiert wurde, hat künftig keine Möglichkeit mehr, das später zu korrigieren. Trans* Personen müssen sich auf Grundlage des neuen Gesetzes also permanent zwangsouten, was eine Zunahme von Diskriminierung und Gewalt erwarten lässt. Dies stellt einen massiven Eingriff in die Selbstbestimmung dar.

Selbstverständlich erfordern diese Entwicklungen ein rasches und entschlossenes Einschreiten der Europäischen Union. Darüber hinaus müssen aber auch alle weiteren Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Druck auf die ungarische Regierung auszuüben. Als Vorsitzende und Geschäftsführer*innen von Unternehmen, die selbst queere Mitarbeitende beschäftigen und zum Teil queere Unternehmensnetzwerke unterhalten, tragen Sie Verantwortung. Sie haben als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor in Ungarn die Möglichkeit, Ihren Unmut über solch diskriminierende Gesetze zu äußern. Hierzu möchten wir Sie ermutigen!

Schreiben Sie der ungarischen Regierung und den zuständigen Ministerinnen und Ministern, dass Sie dieses Gesetz ablehnen. Zeigen Sie sich solidarisch mit ihren queeren Mitarbeitenden und mit den trans* und inter* Menschen in Ungarn. Demonstrieren Sie, dass Sie dieses Gesetz nicht kommentarlos hinnehmen und setzen Sie sich für eine Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaat in Ungarn ein.

Wer die wirtschaftlichen Vorteile der EU nutzt, muss auch deren Werte verteidigen. Die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und in diesem Fall insbesondere von trans* und inter* Menschen gehören genauso dazu wie die Unabhängigkeit von Presse, Justiz und Wissenschaft. Letztlich liegt der Erhalt der Rechtsstaatlichkeit auch in Ihrem unternehmerischen Interesse, da der Rechtsstaat eine sichere Umgebung für Investitionen und Unternehmenswachstum garantiert und vor Willkür schützt.

Wir bedanken uns für Ihren Einsatz, freuen uns über Ihre Rückmeldung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen aus dem Bayerischen Landtag,



Florian Siekmann
Europapolitischer Sprecher



Tessa Ganserer
Queerpolitische Sprecherin